

Medienkonferenz vom 20. Oktober 2009

Exportsubventionen gegen die Milchkrise – die falsche Medizin

Dumpingpreise der Schweizer Milch und Exportsubventionen untergraben die Ernährungssouveränität der Länder des Südens

Isolda Agazzi, Verantwortliche für Handelspolitik bei Alliance Sud / Arbeitsgemeinschaft Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks

Entgegen unseren Befürchtungen hat die „Branchenorganisation Milch“ an ihrer Sitzung vom 19. Oktober den Bundesrat nicht aufgefordert, wieder Exportsubventionen für Milchpulver und Rahm einzuführen. Alliance Sud, die Arbeitsgemeinschaft von Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks, begrüsst diesen Entscheid.

Was die Branchenorganisation vorschlägt, trägt allerdings nicht dazu bei, die Überschussprobleme zu lösen. Sie verlangt, dass die Milch-Überschüsse auf Märkte ausserhalb der EU exportiert werden, und will den Unterschied zwischen dem Schweizer und dem internationalen Milchpreis mit eigenen Mitteln ausgleichen, anstatt Exportsubventionen zu fordern. Aber auch dieser Vorschlag führt zu Dumpingpreisen beim Export.

Zudem befürchten wir, dass der Bundesrat früher oder später wieder Exportsubventionen beschliesst, wie er es bereits im Juni 2009 tat und 14 Millionen Franken zu diesem Zweck sprach. Er folgte damit dem schlechten Beispiel der EU (Januar 2009 für Milchpulver, Rahm, tiefgekühltes Poulet und Eier) und der USA (Mai 2009).

Exportsubventionen sind unfair

Exportsubventionen für Agrarprodukte sind das Handelsinstrument mit den verheerendsten Folgen für die Landwirtschaft der Entwicklungsländer. Im Rahmen der Doha-Runde haben die Mitgliedsländer der Welthandelsorganisation (WTO) beschlossen, die landwirtschaftlichen Exportsubventionen bis 2013 abzuschaffen (Erklärung der Ministerkonferenz von Hongkong, 2005). Der Beschluss ist so unbestritten, dass verschiedene Seiten davon ausgehen, er könnte auch dann umgesetzt werden, wenn die Doha-Runde scheitert. Die Schweiz hat sich im Rahmen ihrer Landwirtschaftspolitik 2011 verpflichtet, die Exportsubventionen bis 2009 abzuschaffen, was sie auch getan hat.

Eine Wiedereinführung von Exportsubventionen würde zu einer völlig ungleichen, unfairen Konkurrenz führen, denn die Entwicklungsländer haben nicht die Mittel, ihre Bauern zu subventionieren. Und selbst wenn sie die Mittel hätten, verbietet es das WTO-Landwirtschaftsabkommen, Exportsubventionen einzuführen, die nicht schon während der Uruguay-Runde (1986–94) existierten. Dies ist eine der strukturellen Ungerechtigkeiten der WTO-Abkommen, welche die Doha-Runde beseitigen sollte.

Dumping schadet Bauernfamilien in Entwicklungsländern

Der Produktionsüberschuss wird zu unschlagbaren Preisen auf die Märkte des Südens geworfen und macht sie kaputt. Heute wirkt sich dieses Dumping besonders negativ aus, da die Nahrungsmittelkrise noch lange nicht gelöst ist und die internationale Gemeinschaft, wie jetzt gerade die FAO, Produktionssteigerungen in den Entwicklungsländern propagiert.

Abgesehen von diesem Grundproblem, das für alle Agrarprodukte gilt, ist Milch ein Musterbeispiel für die negativen Folgen von Exportsubventionen für die Nahrungssouveränität. Milch wird von Entwicklungsländern kaum exportiert, sondern vor allem für den lokalen Konsum produziert. Deshalb befürchten die MilchproduzentInnen in Burkina Faso, dass wieder eine ähnliche Situation wie 2005 entstehen könnte. Damals wurde auf den westafrikanischen Märkten europäisches Pulver für 1 Liter Milch zu einem Preis von 200 Francs CFA (50 Rp.) verkauft; während ein Liter lokal produzierte Milch 300 Francs CFA kostete: für die KäuferInnen war die Wahl klar.

Als die Weltmarktpreise für Milchprodukte 2007 in die Höhe schossen, freuten sich die burkinabesischen Produzenten und Verarbeiter: Sie hatten wieder eine Chance, denn der Preis für einen 25kg-Sack Milchpulver verdoppelte sich innert wenigen Monaten (von 4000 auf 8000 Francs CFA). Dass im gleichen Jahr die Nationale Vereinigung der burkinabesischen Molkereien gegründet und die neue Marke *Burkina Lait* geschaffen wurde, war Ausdruck der neuen Hoffnung.

Doch heute, nach der neuerlichen Erhöhung der Quoten in der EU, hat die Milchproduktion wieder massiv zugenommen und ist der Milchpreis auf dem Weltmarkt wieder in den Keller gerutscht. Statt die Milchproduktion zu begrenzen, subventioniert nun die EU den Export der Überschussproduktion, und die Schweiz riskiert, dasselbe zu tun. Die Schönwetterperiode für die Burkinabeés geht endgültig zu Ende.

Auch andere Beispiele zeigen, wie die Dumpingpolitik der reichen Länder die Nahrungssouveränität im Süden untergräbt. In Senegal sind die lokalen Produktionskosten viel höher als die Importpreise – eine lokale Produktionskette lässt sich deshalb kaum aufbauen. In Indonesien hat die Regierung die Einfuhrzölle 2003 abgeschafft – heute stammt 70 Prozent der konsumierten Milch aus Australien oder Neuseeland.

Im Juni 2009 haben sich die westafrikanischen Bauernvereinigungen mit den europäischen MilchproduzentInnen solidarisch erklärt und eine Preispolitik verlangt, die sowohl im Süden wie im Norden die Produktionskosten deckt.

Domino-Effekt?

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die neu eingeführten Exportsubventionen für Milchpulver und Rahm die Verbote für Subventionen weiterer Agrarprodukte sein könnten – mit schlimmen Folgen. Das würde einen Rückfall in die 80er- und 90er-Jahre bedeuten. Damals konnte man auf den afrikanischen Märkten subventioniertes europäisches Rindfleisch zu Spottpreisen kaufen. Der Sahel-Bauer, der seine Kühe kilometerweit zu Fuss zum nächsten Schlachthof führen musste, hatte gegenüber solchen Preisen keinerlei Chance. In Ghana wurden die lokale Geflügelproduktion in den 80er-Jahren durch hoch subventionierte Billigimporte aus den USA und der EU zerstört.

Alliance Sud, die entwicklungspolitische Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas und Heks, befürchtet, dass die Schweiz dem schlechten Beispiel der EU und der USA folgt. Sie fordert den Bundesrat deshalb auf, auf Exportsubventionen

für Milchprodukte zu verzichten und das Überschussproblem mit Massnahmen zu lösen, welche die Landwirtschaft in Entwicklungsländern nicht bedrohen und zu keinem Preisdumping im Süden führen.

Für weitere Informationen:

Isolda Agazzi, Alliance Sud, Tel. 079 434 45 60.